

## Abschätzungen zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Sachsen-Anhalt bis 2025

### - Expertenäußerungen und Kommunikationsansätze

[1] Die Auseinandersetzung zwischen CHE und Staatskanzlei (März 2013) ist symptomatisch für Bemühungen, über Daten Begründungskontexte zu beherrschen.

[2] In der Pressemitteilung vom 25.3.2013 hatte CHE darauf verwiesen, dass alle Prognosen / Vorausberechnungen vor 2008 vor allem wegen der durch die Hochschulen beeinflussten Wanderungen die Studienanfänger- / Studierendenzahlen unterschätzt haben und war auf Kritik gestoßen. Eigentlich ist der Anstieg der Wanderung abgesehen von dem Erfolg als Indiz für Beeinflussbarkeit solcher komplexer demographischer Situation anzusehen, die den Hochschulen Mut machen können, ihre regionale Rolle unter Beweis stellen zu können.

[3] Inzwischen setzt sich, beruhend auf Daten des BStat, allgemein die Einsicht durch, dass im Osten Deutschlands die Anzahl Hochschulzugangsberechtigten – „Landeskinder“ - wieder ansteigt („Talsohle durchschritten“) und sich eine Plateau ausbildet, das weit über 2025 hinausreicht: Dazu hat sich – siehe Abb. 1 – erst jüngst CHE geäußert und zu dieser Einsicht gelangt auch das Institut für Demographie der Uni Rostock (Abb. 2).

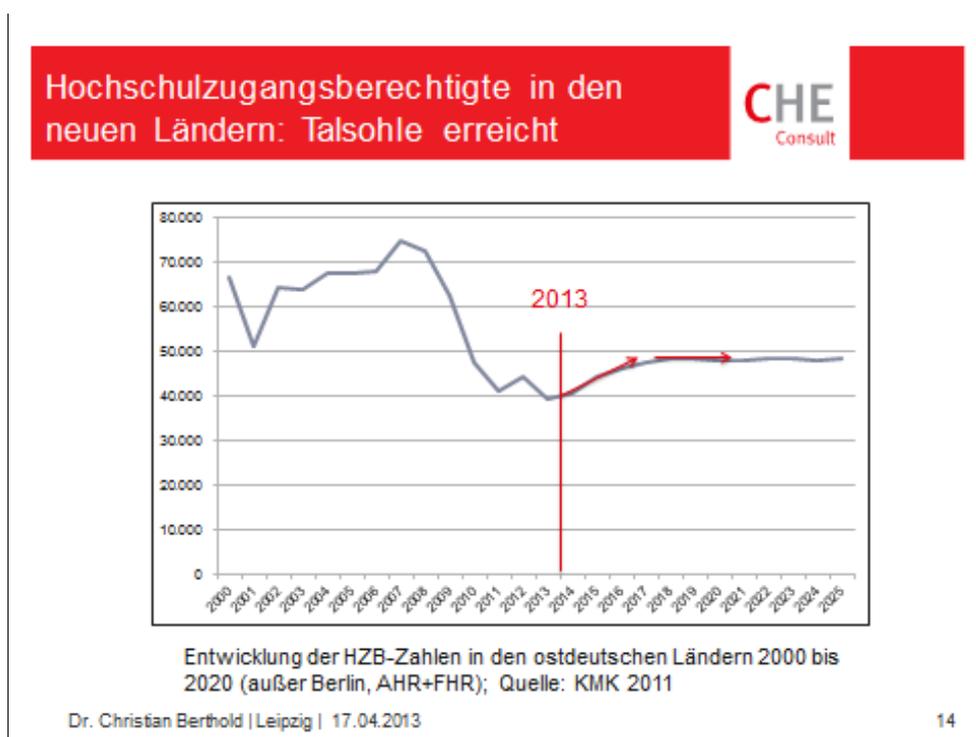


Abb. 1 / CHE 2013

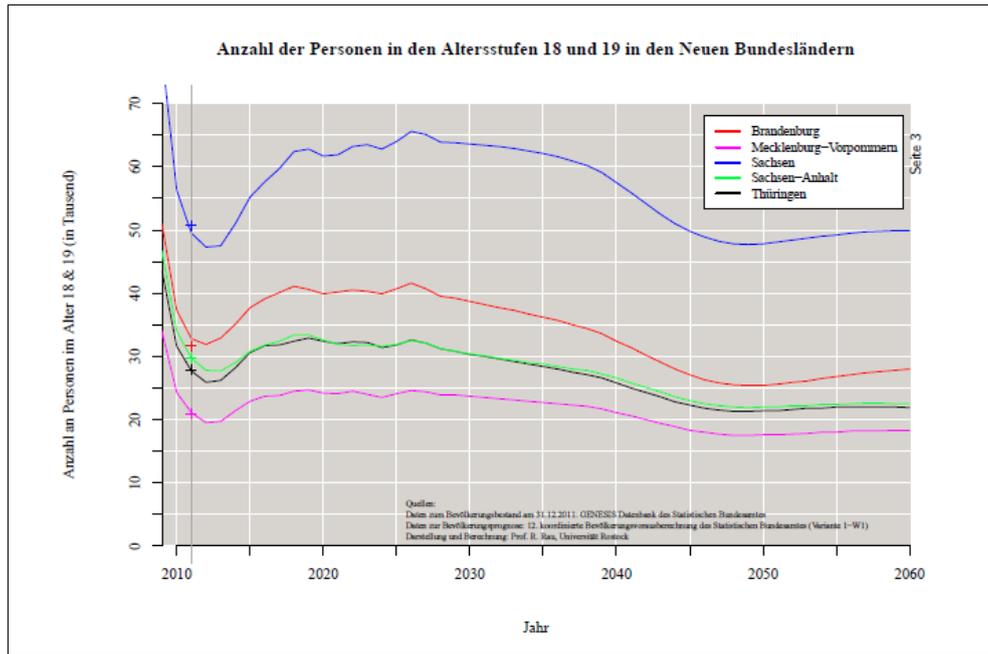


Abb. 2 / Uni Rostock 2013

[4] In diesem Gesamtzusammenhang hat im Auftrag des WZW CHE Consult 2013 beruhend auf Vorarbeiten der Hochschulinitiative Neue Länder Initiative aus dem vergangenen Jahr die Abhängigkeit solcher Vorausberechnung von realistischen Annahmen über Parameterwerte untersucht. Diese Abhängigkeit kann und muss natürlich umgekehrt auch als realistische Beeinflussbarkeit interpretiert werden, die es überhaupt möglich macht eine demographisch Gegenwehr ins Kalkül ziehen und die diesbezüglichen Anstrengungen abschätzen zu können. Zu diesem wichtigen Thema wird in Kürze die Endversion einer Studie vorliegen, deren Ergebnisse in die Kommunikationsstrategie der Hochschulen und des MW einzubeziehen sind.

Im Einzelnen zeichnen sich folgende Befunde in der CHE-Studie ab:

- a) *Der demografisch induzierte Rückgang der jungen Alterskohorten in Sachsen-Anhalt erreichte bereits im Jahr 2011 einen Wendepunkt. Die relevanten Altersjahrgänge entwickeln sich in Sachsen-Anhalt in den Jahren bis 2025 moderat positiv.*
- b) *Entgegen der bisweilen veranschlagten demografischen Begründungszusammenhänge für einen Kapazitätsabbau an Hochschulen ist die geringe Binnenanfrage nach Studienplätzen in Sachsen-Anhalt im Zusammenhang mit einer deutlich unterdurchschnittlichen Studienberechtigtenquote im Land zu erklären. Sachsen-Anhalt müsste durch Verbesserung der Infrastrukturen und Rahmenbedingungen mehr junge Menschen zum Erwerb einer Studienberechtigung führen. Wächst der Anteil an studienberechtigten Schulabgänger(inne)n in den kommenden Jahrzehnten nur moderat analog zum Bundestrend, so können die demografisch bedingten Verminderungen der Alterskohorten leicht kompensiert werden. Die Herausforderungen des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt bedürfen weniger einer restriktiven Hochschul- als vielmehr einer expansiven Bildungspolitik.*

- c) *Neben der Anzahl der Studienberechtigten weisen insbesondere die Wanderungsbeziehungen von Studienanfänger(inne)n zwischen Sachsen-Anhalt und den anderen (ost- und westdeutschen) Ländern auf Potentiale bei den Landeshochschulen hin. So zeigt sich, dass weniger die doppelten Abiturjahrgänge in den westdeutschen Flächenländern und damit ein ephemeres Phänomen für den Anstieg der Studiennachfrage aus diesen Ländern an Hochschulen in Sachsen-Anhalt verantwortlich zeichnen, als vielmehr eine systematisch gestiegene Wahrnehmung und Attraktivität der Hochschulen in Sachsen-Anhalt als Studienorte. Die Hochschulen haben hier strukturelle Grundlagen für eine systematisch verbesserte Rekrutierung gelegt, die bereits heute wirken. Vor diesem Hintergrund birgt ein fachlich undifferenzierter Kapazitätsabbau die Gefahr eines Verdrängungswettbewerbs für studieninteressierte „Landeskinder“ aus Sachsen-Anhalt. Bei einer Angebotsverknappung bei gleichbleibender Nachfrage aus anderen Ländern bleiben weniger Plätze für die Studieninteressierten aus Sachsen-Anhalt.*
- d) *Im Jahr 2010 verließen noch immer 46 Prozent derjenigen Studienberechtigten aus Sachsen-Anhalt, die ein Studium aufnahmen, zur Studienaufnahme das Land. Den Hochschulen verfügen vor diesem Hintergrund mittels der Entwicklung geeigneter Programme zur Erhöhung der Bindungswirkung über ein hohes Potential, weiterhin mehr Studienanfänger(innen) aufzunehmen.*
- e) *Die vergleichende Analyse von Modellrechnungen unter Annahme realistischer Parameterwerte zeigt, dass ein massiver Rückgang der Studiennachfrage an Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt kaum zu erwarten sein wird. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass der entscheidende Faktor zur Beeinflussung der Studiennachfrage im deutschen Hochschulsystem weiterhin die Entwicklung von Kapazitäten, also das Volumen der vorgehaltenen Studienplätze ist. Werden Kapazitäten abgebaut, so sinkt die Nachfrage. Analysen der Nachfrageentwicklung in anderen Landeshochschulsystemen haben auch Hinweise darauf geliefert, dass bereits der öffentliche Diskurs über die Verknappung des Studienplatzangebots die Nachfrageentwicklung beeinflussen kann.*

[5] Auf diesen unter a) bis e) genannten Befunden lässt sich gegenüber Stakeholdern eine belastbare Kommunikationsstrategie aufbauen, die die positive Rolle der Hochschulen in der Situation des demographischen Wandels nochmals und immer wieder herausstellt. Dadurch wird mittelbar auf das konzeptionelle Defizit bei der an sich verständlichen Durchsetzung von Einsparungen verwiesen. Mit der Äußerung der Uni Rostock werden diese Aussagen – unabhängig davon, dass die Äußerungen eigentlich auf amtliche Daten des BASTat zurückgehen – von einer zweiten Expertenorganisation bestätigt. Die Kommunikation muss darauf ausgeichtet sein, die positiven, mit den Hochschulen verbundenen demographischen Effekt von immer wieder gegenüber verschiedensten Stakeholdern zu betonen, um das in der öffentlichen Meinung und im politischen Raum zu verankern.